Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang | Montag, den 20. September 1926 | Nummer 208

Die Kundgebungen des ADGB

In Dresden

Der Ortsausschuß Dresden des ADGB hatte am Sonnabend, den 18. September die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Dresdens zum Abschluß der gewerkschaftlichen Werbewoche nach dem Theaterplatz gerufen. Schon gegen 3.30 Uhr marschierten die ersten Arbeitergruppen unter roten Fahnen an. Am stattlichsten war wohl der Zug der Eisenbahnwerkstätten.

Die größten Dresdner Betriebe waren auch durch Fahnendelegationen aufmarschiert, aber die Belegschaften waren leider nicht geschlossen aufmarschiert. Schon zu Beginn der Kundgebung bildeten sich lebhaft diskutierende Gruppen, die das Verhalten und die Politik der deutschen und [illegible] Gewerkschaftsführer einer scharfen Kritik unterzogen. [illegible] angegriffen wurde die Zusammensetzung der Rednerliste, die keinen einzigen oppositionellen Kollegen aufwies.

„Wenn heute nicht 30 000 Mann aufmarschieren, so trägt die feige und reformistische Politik der ADGB-Führer die Schuld."

Das war die Meinung der Kollegen, die besonders bedauerten das Fernbleiben großer Massen von Arbeitskollegen [illegible]. Unsere Genossen betonten dabei, daß um so größer die Pflicht jedes Gewerkschafters ist, die Unorganisierten zu gewinnen, je notwendiger uns eine Aenderung des Kurses der heutigen Gewerkschaftspolitik erscheint. Als die Schalmeienkapelle des Roten Frontkämpferbundes unter den Klängen von „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" auf dem Theaterplatz aufmarschierte, erscholl stürmischer Beifall. Die Arbeitersänger trugen dann zwei weihevolle Massenchöre vor, die die Einleitung der Kundgebung bildeten. Die nun folgenden Ansprachen zeigten die Doppelzüngigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in überraschender Klarheit. Wer zufällig Gelegenheit hatte, zwischen dem österreichischen und dem tschechischen Redner zu stehen zu kommen, konnte sehr Interessantes über das Thema „Wiederaufbau" hören. Der Kollege Stern-[illegible] betonte, daß der „Wiederaufbau" der Kapitalisten mit einer brutalen Offensive gegen die Arbeiterschaft verbunden ist, daß ein solcher „Wiederaufbau" von den Arbeitern bekämpft werden müsse unter der Losung: „Kampf dem kapitalistischen, [illegible] für den sozialistischen Aufbau der Wirtschaft." Zu [illegible] Zeit rief der tschechoslowakische Kollege vom Denkmal:

„Und so fordern wir Anteil der Gewerkschaften am (kapitalistischen!) Aufbau der Wirtschaft, wir verlangen Wirtschaftsdemokratie!"

Die Arbeiter, die aufmerksam zuhörten, schüttelten sehr [illegible] ihre Köpfe. Laut sagte einer: „Wirtschaftsdemokratie mit Kapitalisten ist kein Klassenkampf!" Auf die Notwendigkeit der Unterstützung des englischen Streiks ging der Wiener Redner ebenfalls ein. Sein Ausspruch über die „heilige Pflicht der Solidarität" richtet sich praktisch ebenso gegen die verräterische Haltung der Amsterdamer, wie der deutschen Gewerkschaftsführer, die niemals daran gedacht haben, aktiv und tatkräftig den kämpfenden englischen Brüdern zu helfen. Ist es doch Tatsache, daß aus deutschen Kohlengruben Tausende von Tonnen in Ueberstundenarbeit gefördert wurden, die durch Deckschiffe nach England geliefert wurden, ohne daß die deutschen Gewerkschaftsführer sich an die „Pflicht der Solidarität" erinnerten. Im Gegenteil, die deutschen Bergarbeiterführer haben diesen Verrat gedeckt mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Hebung der deutschen Wirtschaft". Den †††-Russen allein blieb es überlassen, praktische proletarische Solidarität zu üben. Die schönen Worte des Wiener Redners auf der Kundgebung schienen das verschleiern zu wollen. Vergebens, die oppositionellen Kollegen zeigten in später folgenden Diskussionen den klaffenden Widerspruch zwischen der schönen Rede des Kollegen Stein und den erbärmlichen Taten deutscher Gewerkschaftsführer.

Nachdem die Hochs auf die internationale Arbeiterbewegung verklungen waren, bildeten sich sofort Gruppen, für die diese Ansprachen genug Diskussionsstoff boten. Ueberall setzten die Kommunisten und oppositionellen Kollegen, die keinen offiziellen Sprecher zugebilligt erhalten hatten, mit ihrer Aufklärungsarbeit ein.

Die außerordentlich zahlreich vertretene Sipo benahm sich sehr zurückhaltend. Um so rabiater traten einige ADGB-Ordner auf, die die Diskussionsgruppen auseinandertreiben wollten. Als einer von ihnen in provozierender Form unseren Berichterstatter, der mit SPD-Kollegen diskutierte, vom Platze weisen wollte, fand er jedoch auch seitens der SPD-Arbeiter so energischen Widerstand, daß er geduckt abzog. Erst als die RFB-Kapelle nochmals den Russischen Rotgardistenmarsch erklingen ließ, begannen sich langsam die Gruppen aufzulösen. Aber noch bis gegen 6 Uhr standen Arbeiter zusammen, und ernsthaft, überzeugter als es die offiziellen Redner getan hatten, setzten sie sich mit den Aufgaben und den Arbeiten der Gewerkschaften auseinander. Und immer wieder mahnten kommunistische Kollegen:

„Stärken wir die Gewerkschaften, die unerläßliche Klassenorgane sind, geben wir ihnen das Rückgrat zum Kampf, und arbeiten wir zugleich daran, ihren falschen Kurs zu ändern, die heimlichen Helfer des Klassenfeindes in ihren Reihen zu beseitigen. Machen wir die deutschen Gewerkschaften aus Helfern der kapitalistischen „Wiederaufbau"-Politik, deren Auswirkungen sich so deutlich bei der „Rationalisierung" zeigen, zu Organen des Klassenkampfes gegen die Offensive des Kapitals. Stellen wir die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung her, um einen festen Block gegen das internationale Kapital bilden zu können. Das müssen die Lehren der gewerkschaftlichen Werbewoche sein!"

In Berlin

Berlin, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Demonstration der freien Gewerkschaften brachte viele Hunderttausende von Arbeitern auf die Beine. Der ADGB-Ortsausschuß hatte auffordern müssen, nur unter roten Fahnen zu demonstrieren. Es zeigte sich aber gestern, daß von seiten der reformistischen Führerschaft alles getan wurde, um keine Kampfparolen in den Aufmarsch zu tragen. Die Arbeiter hatten jedoch vielfach selbständig Transparente angefertigt, die die aktuellen Klassenkampflosungen enthielten. Auf der Treptower Spielwiese war durch schlechte Organisation der Aufmarsch der Demonstration noch stundenlang im Gange, als die Züge einzelner Gewerkschaften bereit wieder abmarschierten. Schlecht placierte reformistische Redner wurden von den Massen nicht beachtet. Sie hielten lange Festreden, die weder zum englischen Streik noch zur internationalen Gewerkschaftseinheit oder zur Abwehr der Rationalisierung Stellung nahmen. Unter den Massen auf der Spielwiese bildeten sich aber zahlreiche Gruppen, die lebhaft über die Probleme vom Standpunkt des Klassenkampfes debattierten. Trotz der Führersabotage wurde die Gewerkschaftsdemonstration in ihrer Gesamtwirkung zu einem Klassenaufmarsch.

Das Ziel der sächsischen Sozialdemokraten

Die „Volkszeitung" für Meißen-Riesa brachte am Freitag einen längeren Artikel zum gestern stattgefundenen Bezirkstag der Sozialdemokraten. Der Artikel offenbart nach mancher Seite hin die tatsächliche Einstellung der sozialdemokratischen Führer. Vom Ziel des Wahlkampfes kann man ja eigentlich sehr wenig aus diesem Artikel entnehmen, dafür aber um so mehr von der Haltung der Sozialdemokraten gegenüber den Demokraten und zu den Gewerkschaften. Der Artikel gibt eine Schilderung über die Vergangenheit in Sachsen. Ganz selbstverständlich wird auch in diesem Artikel die Schuld an den Vorgängen von 1923 auf die Kommunisten abgewälzt. Es wird zwar festgestellt, daß die Cunoregierung und Stinnes die Inflation heraufbeschworen haben, daß durch die Inflationsnot die Lage sich zuspitzte, aber dann heißt es in dem Artikel:

„Eine natürliche Ausheilung dieser Krankheitserscheinung wäre möglich gewesen, hätte nicht der Reichswehreinmarsch, jene verfassungswidrige Ungeheuerlichkeit, die Dinge auf die Spitze getrieben. Heute noch ist die Schande jener Tage nicht gesühnt. Alte Wunden brachen wieder auf, als der Volksopferprozeß das damalige Treiben der Militärdiktatur in ein neues, grelles Licht rückte."

Was bedeutet diese Erklärung anders, als daß die sozialdemokratischen Führer bestätigen, daß ohne den Einmarsch der Reichswehr sie schon allein mit den Verhältnissen fertig geworden wären. In diesem Artikel wird den Großindustriellen nachträglich ein leiser Vorwurf darüber gemacht, daß sie den sozialdemokratischen Führern in Sachsen durch den Einmarsch der Reichswehr die Rettungsarbeit der Bourgeoisie so außerordentlich erschwerten. Deutlich genug wird aber ausgesprochen, daß man im Lager der Sozialdemokraten an eine revolutionäre Vorwärtsbewegung der Arbeiter keineswegs auch nur im geringsten gedacht hat. Das wird auch noch an einer anderen Stelle besonders unterstrichen. Dort heißt es, nachdem über die Bildung des Kabinetts Zeigner geschrieben wurde:

„Ob alle politischen Handlungen jener Regierung richtig waren oder nicht — feststeht, daß die Verhältnisse in Sachsen so eigenartig gestaltet waren, daß das Experiment sozialdemokratisch-kommunistischer Zusammenarbeit gemacht werden mußte. Parlamentarische Zusammenarbeit, Regierungsmitwirkung allerdings nur. Was leider darüber hinausging, stieß auf unseren Widerstand."

Auch hier haben wir also wieder die deutliche Erklärung der sozialdemokratischen Führer an die Bourgeoisie, daß sie im Jahre 1923 alles versucht haben, um eine Zuspitzung der Verhältnisse zu verhindern. Die Sozialdemokratische Partei versucht auch heute wieder als die einzig revolutionäre Partei, die allein gegen den Rechtsblock kämpfe, vor den Arbeitern zu erscheinen. Sie erklärt, sie erstrebe einen entschiedenen Fortschritt. Als Programm zählt sie folgendes auf: „Wir gedenken, die staatswirtschaftlichen Betriebe weiterauszubauen, die Gemeinwirtschaft zu fördern, die Preiskontrolle auszudehnen, den Verbraucher vor Wucher zu schützen. Soziale Fürsorge, Arbeitsbeschaffung, um die Erwerbslosennot zu lindern, die rechte Steuerpolitik bei Schonung der wirtschaftlich Schwachen, ausgedehnte Wohlfahrtspflege, kulturellen Fortschritt verlangt die sächsische Sozialdemokratie." Nun, man muß sagen, die Aufzählung der programmatischen Forderungen ist nicht schlecht. Aber diese Sozialdemokraten saßen schon oft in Sachsen an oder in der Regierung und weshalb haben sie da diese Forderungen nicht durchgeführt? Jetzt wollen sie erneut den Arbeitern erzählen, daß diese Forderungen allein parlamentarisch durchzuführen wären. Einen außerparlamentarischen Kampf lehnen sie ab und bis dato haben sie noch nirgends einen solchen Kampf auch nur im geringsten organisiert.

Im Grunde denken die sozialdemokratischen Führer nicht im Entferntesten daran, die Massen für die Durchführung dieser Forderungen mobil zu machen. Die sozialdemokratischen Führer, auch die linken, stehen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft und wollen eine revolutionäre Umwälzung nicht. Deswegen betrachten sie die Dinge auch vom Maßstab der kapitalistischen Wirtschaft aus und versuchen gleichzeitig eine enge Annäherung an die bürgerlichen Parteien. So schreibt man, daß die Sozialdemokraten auch den Abbau der Schutzzölle wollen, und was gibt man als Begründung an? Nun: „Sachsen, das Land der Fertigindustrie, braucht die ungehemmte Warenausfuhr." Also auch hier die Einstellung und Betrachtung vom Gesichtspunkt der sächsischen Kapitalisten. Neben diesem erfolgt auch hier die jetzt im gesamten linkssozialdemokratischen Lager übliche Anbiederung an die Demokraten. Den letzteren wird ein hohes Lob gesungen.

„Die Demokraten besitzen soviel republikanisches Gefühl, dem Bürgerblock, dem Monarchistenblock besser gesagt, eine Abfuhr zu teil werden zu lassen. Ob er noch zustande kommt, muß abgewartet werden. Die sächsischen Industriellen bzw. die Deutsche Volkspartei brennen anscheinend trotz Silverbergs Rede in Dresden geradezu darauf, demnächst gegen die Arbeiter zu regieren. Daß die Volksparteiler durch solche Haltung ihren derzeitigen Koalitionsparteien, die 23, brüsk ablassen sollen, scheint sie nicht besonders zu stören. Ob sie sich sagen: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen? Oder wird Silverbergs Rede, wenn auch mit Verzögerung, noch wirken? Uns interessierts zunächst nicht, wir haben ja Zeit, zu warten und zu sehen."

Man muß sagen, reichlich viel, was hier in diesem kurzen Absatz zusammengeredet wird. Wir glauben, daß es dem Schreiber nicht leicht geworden ist, dieses Angebot der Koalition an

Die zweite Arbeiterdelegation wieder in Deutschland

Begeisterter Empfang in Hamburg.

Hamburg, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Die zweite deutsche Arbeiterdelegation wurde gestern von Zehntausenden von Arbeitern am Hafen in Hamburg erwartet. Einige tausend Arbeiter aus fast allen Hamburger Betrieben waren der Delegation, die infolge Sturm und Nebel verspätet eintraf, stundenweit entgegengefahren. Die Delegation wurde mit ungeheurem Jubel begrüßt und von einer machtvollen Demonstration zu einem großen Meeting auf die Moorweide begleitet. Dort hielten die sozialdemokratischen Delegierten Korber, Fritzsche und Fabian Reden, in denen sie begeistert für Sowjetrußland und die internationale Gewerkschaftseinheit eintraten und sich gegen die kapitalistischen Schwindelmeldungen über die Sowjetunion wandten.

Kritik an der Reichswehr ist Landesverrat

Berlin, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den Schriftsteller Berthold Jacob wurde wegen Veröffentlichungen über das Reichswehrunglück auf der Weser ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrat eröffnet. Jetzt nach beinahe 18 Monaten wurde die Voruntersuchung abgebrochen und die Akten dem Oberreichsanwalt zur Eröffnung eines Landesverratsverfahrens übermittelt.

Schiedsspruch in der Metallindustrie

Die Gewerkschaften lehnen ab.

Essen, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) In den Schlichtungsverhandlungen über das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie wurde folgender Schiedsspruch gefällt: 1. Das Lohnabkommen wird am 1. Oktober 1926 unverändert wieder in Kraft gesetzt und kann erstmalig gekündigt werden am 1. Mai zum 31. Mai 1927. 2. Das Arbeitszeitabkommen wird ebenfalls unverändert am 1. Oktober 1926 wieder in Kraft gesetzt und kann erstmalig gekündigt werden am 15. Juni zum 31. Juli 1927. Die Erklärungsfrist läuft bis 18. September. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch angenommen, die Gewerkschaften abgelehnt.

Dieser Schiedsspruch zeigt erneut, daß die Schiedsrichter nur willfährige Organe der Kapitalisten sind. Trotzdem selbst von den amtlichen Stellen ein Steigen der Lebensmittelpreise zugegeben werden muß, lehnen sie eine Erhöhung der Löhne ab.

Jetzt gilt es, einen wirklichen Kampf gegen diesen Schandspruch aufzunehmen.

Ein schweres Bauunglück

Brückeneinsturz — 4 Tote, viele Verletzte.

Gartz, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Die große Oderbrücke bei Gartz ist gestern vormittag eingestürzt. Dabei wurden eine Anzahl Arbeiter mit in die Tiefe gezogen. Es sind dabei 4 Tote und mehrere Verletzte zu verzeichnen. Die Schuld an dem Unglück trifft die Bauleitung, die nach dem Hochwasser weiter bauen ließ, ohne festzustellen, daß zwei Pfeiler vom Hochwasser unterwaschen worden waren. Der Bau wurde von der Allgemeinen Bau-Aktiengesellschaft in Berlin Potsdamer Straße, durchgeführt.

Typhus in Dresden?

Innerhalb der Bevölkerung wurden Gerüchte verbreitet, daß in Dresden Typhusfälle aufgetreten seien. Es sollen Typhusfälle in der Schäferstraße, in der Seminarstraße und am Schützenplatz vorgekommen sein. Nach unseren Erkundigungen beim Stadtbezirksarzt teilte uns dieser mit, daß in Dresden im Jahre 1924 58, im Jahre 1925 54 und im Jahre 1926 bis jetzt 27 Typhusfälle aufgetreten seien. In der Schäferstraße seien im August 2 und im September 1 Typhusfall aufgetreten. Die vorkommenden Fälle seien also die periodisch in jedem Jahre auftretenden Typhuserkrankungen, zu Beunruhigungen sei kein Grund vorhanden.

5000 Typhuskranke in Hannover

Hannover, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Der „Montag Morgen" schätzt die Zahl der in Hannover an Typhus Erkrankten auf 5000. Die Zahl der Toten betrug gestern bereits 46 und steigt [illegible].

Günstiger Möbel-Verkauf in: Speisezimmern, Schlafzimmern, Küchen, Kleiderschränken, einzelnen Betten, Patent-Matratzen, Auflage-Matratzen, Chaiselongues, Sofas, Stühlen, Ausziehtischen und sämtl. Kleinmöbeln. Evtl. Teilzahlung. Möbelhaus „UNION" Werkstätten, Alaunstraße 17, Gegr. 1888

... verkaufen: ...derschrank, Vertiko, Plüschsofa, Ausziehtisch, Spiegel, Chaiselongue, Stühle, ...derbetten, Betten, Matratze. Evtl. Teilzahlung. ...mstr. 31, part.

Alle Lebensmittel billig. Wilhelm Baege, Pirna

...stätten ... zur Linde ... schlößchen ... Warte" ... nsdorf ... Erholung ... Blick ... Dopitz ... Gasthof ... ner Ball ... öffnet